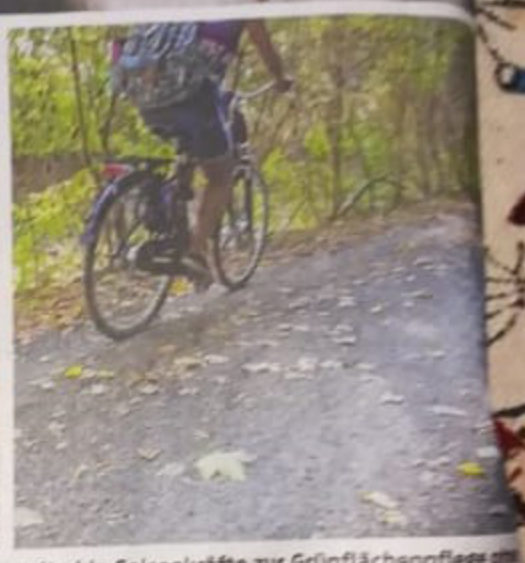
Haushalt – Dafür soll es extra Geld geben

Der Finanz- und Personalausschuss trifft die Vorentscheidung für den Haushaltsentwurf der Verwaltung

Von Cornelia Steiner



Künftig wird es unter anderem mehr öffentliche WCs geben, mehr Geld für die Nachbarschaftshilfen, weiterhin Saisonkräfte zur Grünflächenpflege ohne Herbizide, mehr Geld für die Sportvereine und für das Ringgleis.

FOTOS: DZYUBA, OCSKAYMARK (GETTY IMAGES), HENNING THOBABEN, FLORIAN KLEINSCHMIDT/BERNA

Braunschweig. Wenn der Rat kurz vor Weihnachten den Haushalt für 2019 verabschiedet, wird es voraussichtlich eine sehr knappe Mehrheit geben. Die Vorentscheidung gestern im Finanz- und Personalausschuss hat gezeigt, dass SPD, Grüne und die Fraktion P² (Piraten/Die Partei) zustimmen. Sie haben im Rat eine hauchdünne Einstimmenmehrheit – mit der Stimme des Oberbürgermeisters. CDU und Linke haben abgelehnt, BIBS und AfD haben sich enthalten. Auch die FDP wird den Entwurf der Verwaltung ablehnen.

Der Haushalt wird ein Volumen von fast 900 Millionen Euro haben. Die Verwaltung plant ein Defizit von rund 40 Millionen Euro – es soll durch Überschussrücklagen ausgeglichen werden. Vor allem dieser Fehlbetrag ist politisch stark umstritten: CDU, AfD und FDP halten ihn für viel zu hoch.

Unabhängig von der Grundsatzdebatte darüber hat der Ausschuss abschließend über die vielen Anträge der Stadtbezirksräte und Fraktionen zum Haushaltsentwurf entschieden. Zu den meisten Anträgen gab es bereits Empfehlungen der jeweiligen Fachausschüsse, einige wurden gestern erstmals diskutiert. Hier ein Überblick über einen Großteil der Anträge, die beschlossen wurden:

Nachbarschaftshilfen: Die Altenpflege durch die zwölf Nachbarschaftshilfen soll gestärkt werden. Im Jahr 2017 bekamen sie **insgesamt 545.000 Euro – doch die Ausgaben sind höher. Zunächst ist** auf Antrag von SPD und Grünen ein zusätzlicher Betrag von rund 85.000 Euro vorgesehen. Grundsätzlich soll geprüft werden, wie sich die Nachbarschaftshilfen künftig aufstellen müssen und was dafür nötig ist. Auch CDU, BIBS und Linke hatten ähnliche Anträge gestellt. Ziel der Nachbarschaftshilfen ist es, dass ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können und nicht vereinsamen.

Ringgleis: Für 100.000 Euro soll die Decke des Ringgleises saniert werden – vor allem zwischen Ernst-Amme-Straße und Triftweg (Antrag der Grünen).

Freiwilligenagentur: Sie erhält im nächsten Jahr 14.000 Euro zusätzlich, um die Arbeit mit Flüchtlingen fortsetzen zu können (Antrag von SPD, BIBS, Linke). Damit liegt der städtische Zuschuss bei 36.700 Euro.

Dorfgemeinschaftshaus: Für die Planung des zukünftigen Dorfgemeinschaftshauses in Rautheim werden auf Antrag des Stadtbezirksrates 75.000 Euro in den Haushalt eingestellt.

Sportvereine: Der Ausschuss beschloss einstimmig, dass die städtischen Zuschüsse im Sportbereich ab sofort jährlich erhöht werden sollen. Bislang findet nur im Sozial-, Jugend- und Kulturbereich eine automatische Erhöhung statt. Diese orientiert sich an der Steigerung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst. So stiegen die Zuschüsse in diesem Jahr um 2,35 Prozent, im nächsten Jahr sind es 3,09 Prozent. Davon soll nun auch der Sport profitieren – es geht um Übungsleiterpauschalen und Unterhaltungszuschüsse. 70.000 Euro werden eingestellt: Für 2019 und CDU als auch SPD und Grüne hatten sich hierfür eingesetzt. Auf Antrag der Linksfraktion soll die Verwaltung außerdem ein Konzept erarbeiten, damit künftig alle Sportvereine die städtischen Sportanlagen zu gleichen Bedingungen nutzen können – bislang gibt es hier eine Ungleichbehandlung.

Täterberatung: Für rund 47.500 Euro soll eine Täterberatungsstelle „Häusliche Gewalt" eröffnet werden (Antrag von SPD, Grünen, Linke, P²).

Grünflächenpflege: In diesem Jahr hat die Stadt auf Antrag der BIBS erstmals bei der Pflege etlicher Grünflächen auf den Einsatz von Herbiziden verzichtet. Das erfordert aber mehr Personal als beim Einsatz von chemischen Unkrautvernichtern. Der Ausschuss hat nun beschlossen, dass auch künftig fünf Saisonstellen für insgesamt 114.000 Euro pro Jahr finanziert werden.

Mobilitätsgutachten: Für Veltenhof, Rühme und die nördliche Nordstadt soll ein Mobilitätsgutachten erstellt werden (50.000 Euro). Hintergrund ist der steigende Verkehr insbesondere auf der Gifhorner Straße, der Hamburger Straße und der Schmalbachstraße. Insbesondere am Nachmittag kom- SPD-Fraktion. Zudem werde Veltenhof übermäßig stark belastet.

Lot-Theater: Der jährliche Zuschuss wird aufgrund höherer Personal- und Raumkosten um 37.300 Euro aufgestockt und liegt dann im nächsten Jahr bei rund 160.000 Euro (Antrag von SPD, Grünen, BIBS, Linke).

Straßensozialarbeit: Der Arbeitskreis Streetwork (Zentraler Ordnungsdienst, Polizei, Jugendamt, Fachbereich Soziales und Gesundheit, Streetworker der Diakonischen Gesellschaft Wohnen und Beraten) erhält auf Antrag der SPD zusätzlich 30.000 Euro. Hintergrund sind Bürgerbeschwerden über Menschen, die an verschiedenen Stellen der Stadt übermäßig viel Alkohol konsumieren oder Drogen nehmen. Mit dem zusätzlichen Geld könnte zum Beispiel eine zusätzliche halbe Stelle geschaffen werden, heißt es.

Köki: Der Verein zur Förderung körperbehinderter Kinder erhält jährlich 5000 Euro mehr und somit im nächsten Jahr 33.000 Euro (SPD, Grüne, BIBS, Linke, Stadtbezirksrat Viewegs Garten/Bebelhof).

Flüchtlingshilfe: Der Verein Re- 19.000 Euro mehr, als die Stadtverwaltung in ihrem Haushaltsentwurf vorgesehen hatte (Antrag von Grünen, BIBS, Linke).

Frauenhaus: Es erhält pro Jahr 27.500 Euro zusätzlich (Antrag von SPD, Grünen, Linke, P²). Der städtische Zuschuss liegt damit im nächsten Jahr bei rund 227.000 Euro.

Öffentliche Toiletten: Am Rande des Westparks wird auf Antrag des Stadtbezirksrates in der Nähe des Aktivspielplatzes und des öffentliches Grillplatzes ein Toilettenkubus errichtet (165.000 Euro). Außerdem soll im Inselwallpark eine WC-Anlage gebaut werden (Grüne). Die Kosten liegen voraussichtlich bei 270.000 Euro. Und auch im Kultviertel am Friedrich-Wilhelm-Platz soll eine WC-Anlage entstehen (Fraktion P²). Hier werden Kosten von 300.000 Euro geschätzt.

Selbsthilfe: Die Kontaktstelle KIBIS (Kontakt, Information und Beratung im Selbsthilfebereich) erhält pro Jahr 10.000 Euro zusätzlich und damit knapp 29.000 Euro (Antrag von SPD, Grüne, Linke).

Fahrradwegweisung: Auf Antrag arbeitet werden. Hier und da gebe es Lücken und Veränderungen in der Routenführung.

Bushaltestellen: Für den behindertengerechten Umbau von jährlich sechs Bushaltestellen soll mehr Geld eingesetzt werden (Grüne). Außerdem soll die Bushaltestelle an der IGS Volkmarode für 20.000 Euro umgebaut werden (Antrag des Stadtbezirksrates).

Fahrradständer: Auf Antrag des Stadtbezirksrates Östliches Ringgebiet soll für 20.000 Euro ein Konzept für Fahrradabstellanlagen erstellt werden. Es geht um die Grundschulen Heinrichstraße und Comeniusstraße sowie um die KGS Franzsches Feld.

Fußweg: Im Magniviertel vom Klint zum Löwenwall Gehweg gebaut werden. Dies hatten die Grünen und der Stadtbezirksrat Innenstadt beantragt.

Mehr über die Grundsatzdebatte zu Haushalt und dem geplanten Defizit lesen Sie in der morgigen Ausgabe.

Mehrere Anträge wurden im Finanz- und Personalausschuss abgelehnt – unter anderem diese:

■ **Stadtbahn:** Die CDU wollte für 75.000 Euro eine Machbarkeitsstudie zur Weiterführung der Stadtbahn (oder einer alternativen zukünftigen Antriebstechnologie) von Volkmarode bis nach Lehre. Sie stand mit diesem Wunsch aber allein da.

■ **Umweltdezernat:** Die BIBS hatte die Schaffung eines eigenständigen Umweltdezernates gefordert. Die mit Umweltfragen und Stadtgrün befassten Abteilungen sind zurzeit in zwei verschiedenen Dezernaten angesiedelt. In der Vergangenheit habe sich mehrfach gezeigt, dass es bei Bauprojekten im Spannungsfeld zwischen Umweltaspekten und Finanzinteressen von Investoren zu Interessenskonflikten gekommen sei, so die BIBS. Eine Mehrheit gab es für diesen Antrag aber nicht.

■ **Flyer zum Haushalt:** Die FDP hatte beantragt, dass die Verwaltung für 15.000 Euro jährlich einen Flyer zum Haushalt erstellen und an die Einwohner verteilen soll. Der Antrag fand keine Mehrheit.

■ **Seilgarten:** Die BIBS hatte beantragt, Geld für einen Neubau der Aufbauten des Seilgartens am Kennelbad bereitzustellen. Der Seilgarten wird bald schließen, mehrere Schulen nutzen ihn aber. Der Ausschuss lehnte einen Zuschuss ab. Allerdings wird sich der Verwaltungsausschuss noch einmal damit befassen.

■ **Höhere Gewerbesteuer:** Die Linksfraktion hatte eine Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 450 auf 470 Prozent beantragt, um die Einnahmen der Stadt zu steigern. Dafür fand sich aber keine Mehrheit.

■ **Karneval:** Die Fraktion P² wollte den Zuschuss von jährlich 70.000 Euro an das Komitee Braunschweiger Karneval streichen lassen. Alle anderen hielten davon jedoch gar nichts.

Reden Sie mit!
Was halten Sie von